

Luftfahrt

»Die Preise bleiben erst einmal niedrig«



QUELLE XING

Christoph Debus, 47, Chef der Flugsparte des zweitgrößten europäischen Reiseveranstalters Thomas Cook (unter anderem Condor), über den aktuellen Preiskampf

und Personalwettbewerb in der Luftfahrtbranche

SPIEGEL: Lufthansa-Chef Carsten Spohr sagt, der weltweite Luftverkehr stoße gerade an Wachstumsgrenzen. Sehen Sie das auch so?

Debus: Nein. Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass der Luftverkehr immer deutlich über dem Bruttoinlandsprodukt gewachsen ist. Wir gehen davon aus, dass diese Entwicklung sich fortsetzt. Wachstumsgrenzen sehe ich dort, wo einzelne Flughäfen an Kapazitätsgrenzen stoßen. Eng könnte es auch in Märkten werden, wo eine oder wenige Airlines eine dominierende Stellung erlangt haben.

SPIEGEL: Bei der Lufthansa mangelt es nach Aussagen von Spohr zurzeit an Personal und Jets. Spüren Sie das auch?

Debus: Aktuell erleben wir eine Sonder-situation. Nach der Aufteilung des ehe-

maligen Geschäfts der pleitegegangenen Air Berlin und von Monarch in Großbritannien wird der Markt neu aufgeteilt, und alle wollen sich positionieren. Daher ist der Wettbewerb um Crews und Flugzeuge tatsächlich stark wie selten zuvor. Wir gehen aber davon aus, dass sich dies bald wieder normalisiert.

SPIEGEL: Was bedeutet das für die Flugpreise?

Debus: Wo Wettbewerb herrscht, wird der Konkurrenzdruck weiterhin dazu führen, dass die Preise erst einmal niedrig bleiben. Wir sehen Überkapazitäten in der Branche. Die Anzahl der Flugzeuge und Bestellungen in Europa wächst mit rund sechs Prozent pro Jahr. Allein in Deutschland ist die Kapazität auf touristischen Flugrouten im Vergleich zum vorigen Sommer um acht Prozent gestiegen – trotz des Marktaustritts von Air Berlin.

SPIEGEL: Lufthansa-Chef Spohr meint, die Preise würden sich stabilisieren.

Debus: Das sehe ich noch nicht. Die Insolvenzen von Air Berlin und anderen Airlines zeigen, dass die Konsolidierung in Europa Fahrt aufnimmt, aber sie beginnt erst. Aktuell stehen Alitalia und Norwegian vor Übernahmen. Langfristig hoffe ich, dass die europäische Luftfahrt sich ähnlich entwickelt wie in den USA. Dort haben vier große Fluglinien 80 Prozent Marktanteil. Das würde auch unserer notorisch margenschwachen Airline-Industrie helfen, zu gesunden. DID

Wirtschaftspolitik

IWF schlägt Entlastung der Bürger vor

● Entgegen seiner bisherigen Linie rät der Internationale Währungsfonds (IWF) unter seiner Chefin Christine Lagarde der Bundesregierung davon ab, ihren finanziellen Spielraum für mehr Investitionen zu nutzen. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation würden zusätzliche Infrastrukturausgaben nur zur Überhitzung der Konjunktur beitragen, heißt es in den wirtschaftspolitischen Empfehlungen des IWF für Deutschland, die am Montag vorgestellt werden. Die Experten aus Washington plädieren jedoch dafür, dass die Bundesregierung im bestehenden Etatrahmen staatliche Konsumausgaben zugunsten von Investitionen zurückfährt. So könnten die Wachstumsmöglichkeiten Deutschlands verbessert werden. Angesichts von stetig steigenden Steuereinnahmen und gut gefüllter Sozialkassen solle die Bundesregierung die Bürger zudem nachhaltig entlasten. In den Konsultationen mit Regierung und Bundesbank, die den Empfehlungen

vorangingen, zeigten die IWF-Vertreter Verständnis für den anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands, den sie in den vergangenen Jahren stets kritisiert hatten. Die US-Steuerreform mit ihren Entlastungen in Billionenhöhe trage dazu bei, dass sich die Schief lagen im Welthandel verfestigten, argumentieren die IWF-Abgesandten. Der IWF gibt alljährlich wirtschaftspolitische Empfehlungen für seine Mitgliedsländer ab. REI



THOMAS IMO

Lagarde, Finanzminister Olaf Scholz

Diesellaffäre

Bosch will Beweise nicht herausrücken

● Der Autozulieferer Bosch legt sich mit dem Stuttgarter Landgericht an. Dort klagen Anleger gegen den VW-Konzern, die sich geschädigt fühlen, weil VW zu spät über die Manipulation von Dieselmotoren informiert habe. Der Richter Fabian Richter Reuschle hatte Bosch aufgefordert, dem Gericht mehrere heikle Dokumente zur Verfügung zu stellen. Sie sollen helfen aufzuklären, ab wann Führungskräfte bei VW von illegalen Abschaltvorrichtungen für die Abgasreinigung gewusst haben. Bosch verweigert die Herausgabe der Dokumente und beruft sich auf das



JORG EBERL / DDP IMAGES

Bosch-Chef Volkmar Denker

Zeugnisverweigerungsrecht. Das Unternehmen hat VW mit Software für die Motorsteuerung und Abgasreinigung beliefert. Weil die Software womöglich illegal zur Manipulation genutzt wurde, ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart auch gegen Bosch-Mitarbeiter. In Amerika laufen ebenfalls Verfahren. Bei den eingeforderten Dokumenten handelt es sich unter anderem um E-Mails zwischen Mitarbeitern von Bosch und VW aus dem Jahr 2007, in denen es offenbar um illegale Abschaltvorrichtungen (»defeat device«) ging. Außerdem will Richter Reuschle einen Brief von Bosch an VW vom 2. Juni 2008 sehen, in dem die Stuttgarter VW bitten, sie von der Haftung freizustellen, die sich aus einer behördlichen Einstufung der Software als »defeat device« ergeben könnte. Am 13. Juni wird vor Gericht gestritten, ob Bosch die Unterlagen herausgeben muss. Im September beginnt die eigentliche Verhandlung. Die Kläger haben Manager und Ex-Manager beider Konzerne als Zeugen beantragt. Bosch äußert sich unter Verweis auf laufende Ermittlungsverfahren nicht zu dem Sachverhalt. MHS